

# Haushaltsrede der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Mechernich in der Stadtratssitzung vom 14.02.2017

(gehalten vom Fraktionsvorsitzenden Egbert Kramp)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Schick,  
sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger hier im Ratssaal,

um es direkt zu sagen: die SPD-Fraktion wird dem Haushalt mehrheitlich zustimmen. Der Kollege Wolfgang Weilerswist, der aufgrund seiner Tätigkeit im Bundesvorstand der Tafel wegen einer wichtigen Sitzung in Berlin weilt, würde dem Haushalt, wenn er denn hier wäre, ebenfalls zustimmen. Einzig der Kollege Hubert Krings kann aus grundsätzlichen Erwägungen heraus einem nicht ausgeglichenem Haushalt nicht zustimmen.

In einer Zeit, wo viele Menschen den Eindruck haben die Welt steht Kopf, da braucht man gar nicht nach USA oder Großbritannien zu schauen, da langt schon ein Blick nach Weilerswist, wird in Mechernich eine solide Politik zu Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt gemacht. Bei überall steigenden Kosten, können wir in diesem Jahr verkünden:

- Die Grundsteuer A und B bleiben stabil.
- Die Gewerbesteuer bleibt stabil.
- Die Kosten für Wasserversorgung und Kanal bleiben stabil.
- Die Kosten für die Abfallbeseitigung bleiben stabil.
- Die Kosten für den Winterdienst werden von 0,80 € auf 0,50 € pro Meter gesenkt und für die Straßenreinigung werden die Kosten ebenfalls von 0,85 € auf 0,30 € pro Meter gesenkt.

Das sind die Zahlen, die für die Bürgerinnen und Bürger, sowie für unsere Gewerbetreibenden wichtig sind.

In Mechernich steht die Welt auf jeden Fall nicht auf dem Kopf. Hier können sich die Menschen geerdet fühlen. Ich denke, dass ist nicht zuletzt ein Grund, warum wir auch viele neue Zuzüge aus dem Köln-Bonner Umland haben. Neben der Tatsache, dass ein Haus hier für viele noch bezahlbar ist, die Preise in den Großstädten stehen ja auch auf dem Kopf,

ist natürlich unsere Infrastruktur hier von erheblicher Bedeutung. Die Infrastruktur in Mechernich bietet im Grunde alles was die junge Familie braucht. Beginnend von ausreichend Betreuungsplätzen in den Kindertagesstätten, weitergehend dann über eine lebendige und vielfältige Schullandschaft, bis hin zu den Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Wir haben eine Vielzahl von Einkaufsmöglichkeiten. Die ärztliche Versorgung ist durch viele Allgemein -und Facharztpraxen sowie dem Kreiskrankenhaus Mechernich sichergestellt.

Wir sind mit drei Autobahnanschlüssen in Satzvey/Obergartzem, in Mechernich und in Weyer für den Berufsverkehr Richtung Köln und Trier interessant. Und auch beim Thema ÖPNV können sich die Mechernicher Bürgerinnen und Bürger sicher sein, dass sich Politik und Verwaltung bei den anstehenden Nahverkehrsplanungen des Kreises Euskirchen für weitere Verbesserungen, sprich eine engere und längere Taktung der Fahrten, auch in der Nacht, einsetzen werden. Die bisherigen Beratungen zu dem Thema deuten in diese Richtung und machen optimistisch. Hierzu gehört natürlich auch, dass die Standorte der Haltestellen den Bedürfnissen der Kunden entsprechen. Ich denke hier z.B. an den Ortsteil Schaven.

Um diese Infrastruktur zu erhalten, brauchen wir Zuzüge. Daher begrüßt die SPD-Fraktion ausdrücklich die Schaffung neuer Baugebiete, mit Grundstückspreisen, welche nicht auf dem Kopf stehen und für junge Familien bezahlbar sind.

Alles dies geschieht in Mechernich, weil Politik und Verwaltung gut zusammenarbeiten. An dieser Stelle ein herzlicher Dank an eine gut funktionierende Verwaltung, die trotz deutlicher Stellenreduzierungen der letzten Jahre eine hervorragende Arbeit macht.

Nun möchte ich zu einem Thema kommen, dass zwar unter TOP 7 heute noch auf der Tagesordnung steht, welches aber der SPD-Fraktion so wichtig ist, dass wir entschieden haben, es heute in der Haushaltsrede anzusprechen. Der nordrhein-westfälische Landtag hat mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen im letzten Jahr das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung (§ 46 GO NRW) beschlossen, welches dann zum 01.01.2017 in Kraft getreten ist. Auch die kommunalpolitischen Vereinigungen der genannten Parteien, hierbei handelt es sich vereinfacht ausgedrückt um die Rechtsabteilungen für

Kommunalpolitik, dies sind für die SPD die SGK NRW, für die CDU die KPV NRW und für Bündnis 90/Die Grünen die GAR NRW, haben seinerzeit bei einer Anhörung im Landtag eine gemeinsame positive Stellungnahme zu dem Gesetzesvorhaben abgegeben. Für Mechernich ist bei dem Gesetz aktuell insbesondere die zusätzliche Aufwandsentschädigung für die Ausschussvorsitzenden von Relevanz. Erstaunlicherweise stellen wir fest, dass selbst die Fraktionen, die das Gesetz im Landtag beschlossen haben, nun darüber diskutieren, ob dieses Gesetz denn auch für Mechernich gelten sollte.

Wir meinen, dass das Gesetz auf jeden Fall umzusetzen ist. Ein Schreiben des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 13.02.2017, also von gestern, stellt klar, dass grundsätzlich nicht alle Ausschüsse von der Zahlung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung ausgenommen werden dürfen.

Die Diskussion hierrüber hat viele Gründe, einer ist sicherlich, die Angst der Kommunalpolitiker davor in der Öffentlichkeit schlecht dazustehen, eventuell durch Meldungen in den Medien und sozialen Netzwerken sogar als jemand dazustehen, der sich die Taschen vollstopft. Die Realität sieht gänzlich anders aus. Daher möchte die SPD-Fraktion an dieser Stelle ein Tabu brechen und einmal ganz klar über die Entschädigung des einfachen Stadtverordneten reden. Einfacher Stadtverordneter ist in diesem Falle natürlich nicht verächtlich gemeint, sondern meint alle die Stadtverordneten hier im Rat, die keine weitere Entschädigung erhalten. Es handelt sich also um die Mehrheit der hier sitzenden Stadtverordneten. Da die Zahlen öffentlich sind und in der Entschädigungsverordnung der Gemeindeordnung für jeden Interessierten im Internet nachzulesen sind, können sie hier auch genannt werden.

Ich betone, es handelt sich im genannten Beispiel um einen einfachen SPD-Stadtverordneten, welchen ich Herr X nenne. Dieser bekommt monatlich eine Pauschale von 191,20 €. Weiterhin erhält Herr X pro Fraktions-, Ausschuss- oder Ratssitzung noch ein jeweiliges Sitzungsgeld von 19,60 €, egal wie lange die Sitzung dauert. Bei durchschnittlich 3 Sitzungen im Monat, es sind mal mehr mal weniger, bekommt Herr X genau 250,00 € monatlich. In der SPD gibt er hiervon freiwillig 75,00 € an die Partei ab, was genau 30 % entspricht. Ohne diese freiwillige Abgabe könnte die Partei nicht leben. Somit verbleiben nunmehr 175,00 € für Herr X. Er zahlt seinen Beitrag an die Partei. Nunmehr verbleiben Herrn X noch ca. 160,00 €. Nicht nur, aber unter anderem auch, weil er Kommunalpolitiker ist, engagiert er sich in den örtlichen Vereinen und zahlt dort ebenfalls

seinen Beitrag. Das macht Herr X sehr gerne, er besucht auch gerne das ein oder andere Fest der vielen städtischen Vereine. Ich möchte extra betonen, dass alle Vereinskosten für Beiträge und Feste in der Rechnung nicht berücksichtigt sind.

Er verbringt Zeit im Vorstand des SPD-Ortsvereins und ist nicht selten noch in übergeordneten Gremien wie Kreisvorstand oder Arbeitsgemeinschaften aktiv, will sagen, dass neben der Zeit auch noch Fahrkosten entstehen, die nicht vergütet werden. Als engagierter Politiker setzt sich Herr X natürlich für die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger ein, die ihn ansprechen, z.B. wegen einer nicht gemähten städtischen Rasenfläche oder eines dringend zu sanierenden Fußballplatzes. Um all diese Dinge zu klären fährt Herr X des öfteren zur Stadtverwaltung. Unser Herr X hat am Ende des Monats dann noch ca. 150,00 € in seinen vollen Taschen und war ca. 30 Stunden unterwegs. Umgerechnet hat er also 5,00 € die Stunde „verdient“. Das Wort verdient setzte ich bewusst in Anführungszeichen. Der Mindestlohn ist deutlich höher. Dieses Verdienst hat Herr X dann auch noch teilweise zu versteuern.

Ach ja: Bisher kam dann auch noch für Herrn X die Tätigkeit als Ausschussvorsitzender dazu, das Ganze ohne zusätzliche Vergütung.

Uns ist natürlich klar, dass Fraktions- und Parteiarbeit strikt zu trennen sind. Wer aber Kommunalpolitik betreibt, weiß, dass dies nur in der Theorie machbar ist.

Die Zahl der Menschen, die bereit sind, die ehrenamtliche Tätigkeit von Herrn X auch zu machen, wird weniger. Nicht nur die SPD hat Probleme alle Wahlkreise zu besetzen. Ich glaube, das Beispiel von Herrn X macht deutlich, warum SPD, CDU und Grüne im Landtag das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung beschlossen haben. Eine weitere Kommentierung ist, so denke ich, nicht wirklich nötig.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen einen schönen Valentinstag-Abend.